

Mein Bild bei eines der denkbar besten Hindernisse, und wir bekämpfen alle wünschenswerten Ausfallspunkte gegen Deutschland." Der Reichstag glaubt nicht an ein Eindringen des Volkswirtschafts. Er kümmert sich nicht darum, ob die Regierung Ober festsetze; er kennt nur die deutschen Bevölkerungsmächte und seine bewunderungswürdigen französischen Soldaten; wenn die Deutschen die Waffenstillstandsbedingungen nicht erfüllen, wird er sofort den Waffenstillstand abbrechen. Deshalb meinte er, führen sie sie so gut wie möglich aus.

Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen.

Die deutsche Regierung gibt folgendes bekannt: Um die von der Entente geforderten landwirtschaftlichen Maschinen in kürzester Zeit anschaffen zu können, werden alle Fabriken und Handlungen, welche unter Berücksichtigung des dringendsten einheimischen Bedarfs verfügbare Bestände dieser Maschinen neu oder gebraucht in tadellosem Zustande besitzen, aufgefordert, telegraphisch zu melden, mit Bindung an Preis und Lieferzeit: a) Zahl, Konstruktion, Fabrikat und Preis ab Fabrik beim. ab Lager einschließlich des nötigen Zubehörs, lieferbar am 1. März 1919, b) Zahl und Preis ab Fabrik beim. ab Lager bei nach ihrer Ansicht für eine Gebrauchsdauer von 18 Monaten notwendigen und vorhandenen Ersatzteile pro Maschine, lieferbar am 1. März 1919, c) Möglichkeit weiterer Lieferungen zu a und b auf 1. April 1919, 1. Mai 1919, 1. Juni 1919. Die Deutschen sind zu richten an den Fachausschuss für die Maschinenindustrie, Charlottenburg 2, Schillerstr. 10.

Frauenstimmrecht überall.

Wie es ward und wirkt.

Die Wahlen zur Nationalversammlung haben durch die Teilnahme der Frauen an der Wahlhandlung ihr eigentliches Gepräge erhalten. Vor wenigen Monaten noch hätte niemand gewagt, an eine so überraschende Neuerung im politischen Leben Deutschlands zu denken. Ob die Frauen den Gefährdungsnachweis für ihre politische Reife erbracht haben? Selbst wenn man in dieser Hinsicht nicht ganz optimistisch ist, kann man doch aus der Art, wie das Frauenstimmrecht in den Ländern, in denen es schon seit langem in Kraft ist, gewirkt hat, den Schluss ziehen, daß es in mancherlei Beziehung einen künftigen, wohlthätigen Einfluß auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens ausüben dürfte. Es wird nicht uninteressant sein, die Frauen kennen zu lernen, die in Deutschland seit langem für das Frauenwahlrecht gekämpft haben. Wir geben sie hier im Bilde.



Dinna Gauer



Dr. Anita Augspurg



Elise Kubers



Marie Strub

Am längsten — seit 1869 — ist das Frauenstimmrecht in dem nordamerikanischen Staate Wyoming in Geltung. Hier sind Frauen wiederholt als Mitglieder der gleichberechtigten Körperschaft, in den Schulaufsichtsbehörden und als städtische Beamtinnen tätig gewesen, und sie haben sich überall so ausgezeichnet bewährt, daß das Land 1889 seinen Eintritt in den nordamerikanischen Staatenbund (Vereinigte Staaten) von der bedingungslosen Erlaubnis zur Verleihung des Frauenstimmrechts abhängig machte: „Wir wollen lieber noch hundert Jahre außerhalb der Union bleiben, als ohne das Frauenstimmrecht hineinkommen“, hieß es. Zum großen Teil waren es Gelehrte sozialer Natur, Schulaufsicht für Kinder und Jugendlicher, welche zur Bekämpfung der Trunksucht und der Unmoralität, für die die Frauen gewirkt haben. Auch in Colorado und in andern Staaten Nordamerikas war das allgemeine aktive und passive Wahlrecht von den besten Folgen begleitet.

Ein gleiches läßt sich von Australien sagen, wo Frauen auch schon seit Jahren das Wahlrecht ausüben. Wie überall, wo sie mit rater und taten, legen sie sich auch hier mit besonderem Eifer für den Schutz der Kinder und heranwachsenden, für das Schul- und Erziehungswesen und für den Kampf gegen die Prostitution ein. Ihnen ist es ferner zu danken, daß in den australischen Ländern das unvernünftige Unterdrücken der Männerarbeit durch schlechtgelohnte Frauenarbeit aufgehört hat. Es darf nicht außer acht gelassen werden, daß, wie allgemein betont wird, unter der politischen Vertretung der Frau das Familienleben nicht im geringsten gelitten hat. Es wird im Gegenteil hervorgehoben, daß die Frauen ihren Einfluß dazu benutzten, eine solche Politik zu erstreben, die die Interessen des Familienlebens mehr als dies bisher geschehen ist berücksichtigt.

In Europa sind es zuerst skandinavische Länder gewesen, die das Stimmrecht der Frauen einführten. In Norwegen erhielten sie 1907 in beschränkter Weise das aktive und passive Wahlrecht für die Volksvertretung, das 1913 zu einem allgemeinen Wahlrecht erweitert wurde. Die Wahlbeteiligung der Frauen war bei allen Wahlen, die seitdem in Norwegen stattgefunden haben, sehr reg, und man kann nach den Erfahrungen der letzten Zeit behaupten mit Bestimmtheit behaupten, daß sie in dieser Hinsicht bald den Männern den Rang abgelaufen haben werden. Und die norwegischen Männer erkennen neidlos an, daß die „politisierten“ Frauen auf das staatliche Leben Norwegens den denkbar günstigsten Einfluß ausgeübt haben.

In Schweden und in Dänemark gab man den Frauen zunächst nur das kommunale Wahlrecht. Bald aber machte sich in beiden Ländern eine Bewegung geltend, die ihnen auch das politische Stimmrecht erwirken wollte. In Dänemark haben diese Bestrebungen bereits Erfolg gehabt: den Frauen ist während des Weltkrieges das Wahlrecht gewährt worden. Schweden dürfte hierin bald folgen.

zumal ihm auch aus dem benachbarten Finnland nur gutes über die Wirkungen des Frauenstimmrechts gemeldet wird. Man hat über die finnischen Volkstimmern zuerst ein wenig getobt, aber schließlich doch allen Respekt vor ihnen bekommen, besonders nachdem man mit Erstaunen festgestellt hatte, daß sie lange nicht so redlich sind wie ihre männlichen Kollegen im Parlament und durchaus sachlich zu handeln und zu verhandeln wissen.

Es sei zum Schluß noch kurz erwähnt, daß die Frauen während des Krieges außer in Dänemark auch noch in sieben Staaten der nordamerikanischen Union, in mehreren Provinzen Kanadas, in Island und in Holland das Stimmrecht erhalten haben, und daß nunmehr auch England ihnen das Parlamentswahlrecht gegeben hat, allerdings mit einer höheren Altersgrenze, als sie für die Männer gilt. Sehr galant war das nicht, aber die wohlwollenden englischen Frauen werden sicherlich den Beweis erbringen, daß sie — dem alten Sprichwort zum Trost — ihr höheres Wahlalter vor den politischen Vorarbeiten der Männer schätzt.

Dr. M. Schwarz.

Fortschreitende Sozialisierung.

Versicherungswesen — Bodenschätze — Elektrizität und Wasserkraft — Latifundien und Forstwirtschaft.

Die von der Regierung eingeführte Sozialisierungskommission kommt nun mit weiteren Vorschlägen und hat u. a. auch die Verstaatlichung des Versicherungswesens ins Auge gefaßt. Sie hält es weiter für erforderlich, durch sofortigen Erlaß das private Monopol an den Bodenschätzen aufzuheben. Sie hat daher dem Rat der Volksbeauftragten den baldigen Erlaß einer Verknüpfung empfohlen, durch welche das Eigentum der Nation an den mineralischen Bodenschätzen ausgesprochen, die Frage der Betriebsorganisation und der Entschädigungsform zwar noch näheren Ausführungsbestimmungen vorbehalten, dagegen die Einwirkung des Staates auf die gesamten technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Industrie und die Beteiligung der Arbeiter und Angestellten an der Betriebsleistung grundsätzlich sichergestellt werden sollen.

Die Kommission ist sich dabei, wie sie ausdrücklich betont, voll bewußt, daß mit einer solchen Verknüpfung eine Reihe von schwerwiegenden innen- wie außenpolitischen Fragen angeschnitten würden, die sich ihrer Lösbarkeit entziehen. Jedenfalls müßte die besondere Frage, ob Reichs- oder Staatseigentum, da sie in dem Entwurf offengelassen ist, späterer Vereinbarung der interessierten Stellen vorbehalten bleiben. Die nächsten Beratungen werden den folgenden Gebieten gelten: weitere Zweige des Berg- und Hüttenwesens, Energiewesen (Elektrizität und Wasserkraft), Latifundien und Forstwirtschaft, Kommunalisierung und Genossenschaftswesen (Bauwesen, Apotheken, Bäckereien, Schlächtereien usw.).

Betreffend den Kohlenbergbau hat die Reichsregierung bereits eine Verordnung erlassen, in der es heißt: Bis zur gesetzlichen Regelung einer umfassenden Beeinflussung des gesamten Kohlenbergbaues durch das Reich und bis zur Festlegung der Beteiligung der Volksgesamtheit an seinen Erträgen — Sozialisierung — werden sofort für die einzelnen Bergbaugelände Reichsbevollmächtigte ernannt. Es wurden für den Ruhrbezirk und Oberschlesien je drei Bevollmächtigte bestimmt.

Politische Rundschau.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Die Kaiserin will von Schloss Amerongen nach Potsdam zurückkehren, um dort im Kreise ihrer Söhne und Enkelkinder in strengster Zurückgezogenheit ihren Lebensabend zu verbringen.

Berlin. Hier ist der Sekretär Rodels, ein gewisser Gutmann, verhaftet worden. Man fand bei ihm wichtiges Material.

Sollingen. Hier verfluchten Spartakisten ohne Erlaubnis der britischen Behörde Flugblätter herauszugeben, in denen auf einer Protestkundgebung gegen die Fötung Plebschütz und Rosa Luxemburgs aufgefördert wurde. Die Führer der Spartakisten wurden verhaftet. Eine Kundgebung in einer Versammlung wurde verboten.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Die Einberufung der Nationalversammlung am 6. Februar nach Weimar.

Berlin, 21. Jan. (tu.) Die Reichsregierung hat beschlossen, die Nationalversammlung auf den 6. Februar nach Weimar einzuberufen. Die Berufung nach Weimar entspricht in der Hauptsache einem Wunsche der süddeutschen Staaten. Es ist nicht daran gedacht, auch die Reichsregierung nach Weimar zu verlegen.

Neueste Meldungen.

Freistaat Elbisch-Lothringen?

München, 20. Jan. Die Führer der elbisch-lothringischen Autonomistenpartei, die aus lauter Alt-Elbischern und Alt-Lothringern besteht, kündigten an, daß sie ein Ministerium des Freistaates Elbisch-Lothringen bilden werden. Aus einwandfreien Berichten aus Elbisch-Lothringen geht hervor, daß die Majorität des Volkes die Autonomie wünscht; mit Rücksicht auf die Verhältnisse in der Heimat aber müßten sie ihre Interessen im Ausland vertreten. Sehr große Teile des Volkes würden aber hinter ihnen. Die Welt werde sehen, daß die Autonomie Elbisch-Lothringens über die materielle Macht verfüge, sobald das Volk in der Lage sei, frei abzustimmen. Die englische Regierung ist bereits von der Wahrung des Ministeriums in Kenntnis gesetzt worden.

Polnische Niederlagen.

Breslau, 20. Jan. (Amtlich.) Ein Erkundungsversuch in Richtung Labiska drang nach Erkundung der Brücke Alt-Dombiv und Obarzma bis auf etwa einen Kilometer an Labiska heran. Es wurden 12 Granatene, mehrere Fahrzeuge und Pferde eingebracht. Patronenentwürfe bei Duden und beiderseitiges Artilleriefeuer. Die schon einmal genannte Schanze 6 liegt bei Wittenberg. Ein Panzerzug fuhr am 19. Januar nachmittags bei Groß-Rendow vor. Eine in dieser Gegend stehende polnische Abteilung mit Artillerie ging bei seinem Herannahen kampflös zurück. Sonst nur Patronenentwürfe.

Eröffnung des Postverkehrs mit Elbisch-Lothringen.

Straßburg, 20. Jan. Wie zuverlässig verlautet, wird mit dem 1. Februar der postalische Verkehr zwischen dem Elbisch und Deutschland geöffnet werden. Eine ähnliche Maßnahme wird auch für die übrigen besetzten Gebiete eintreten.

Genf, 20. Jan. Nach einer Pariser Meldung hat Koch seine Ansicht über die Ernährungsfrage Deutschlands geändert und ist zu der Überzeugung gekommen, daß die schlimmeren Zustände, die in Deutschland herrschen, nicht übertrieben seien.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen. Wilsdruff, den 21. Januar 1919.

— Nach den Wahlen. Es wird noch einige Zeit dauern, bis das Ergebnis der Nationalwahlen endgültig festgestellt worden ist. Wohl liegen heute schon eine ganze Anzahl von Ergebnissen vor, die aber sämtlich noch unvollständig sind. Es läßt sich deshalb auch nicht in einzelnen beurteilen, in welcher Stärke die Parteien zu der Nationalversammlung erscheinen werden, aber im allgemeinen sind unsere Zeilen von gestern beschäftigt worden, es zeigt sich allüberall ein sehr bedeutender Einschlag nach links.

Die Wahlergebnisse der drei sächsischen Kreise liegen uns heute ziemlich vollständig vor. Darnach dürften in ganz Sachsen als gewählt zu betrachten sein 17 Mehrheitssozialisten, 3 Unabhängige, 7 Demokraten, 2 Volkspartei, 3 Deutschnationale. Im einzelnen stellt sich das Bild wie folgt:

28. Wahlkreis (Dresden-Ostachsen):

Kölsch (Deutschnationale Volkspartei)	85081 Stimmen
Heinze (Deutsche Volkspartei)	90631 Stimmen
Burlage (Zentrum)	14984 Stimmen
Rydzke (Deutsche Demokr. Partei)	129512 Stimmen
Gradnauer (Mehrheitssoz.)	360060 Stimmen
Pfeißner (Unabh. Soz.)	29212 Stimmen

Auf Grund der vorliegenden Ergebnisse (es fehlen noch ungefähr 100 Stimmbezirke), dürften als gewählt zu betrachten sein: Deutschnationale: Superintendent Dr. Kölsch; Deutsche Volkspartei: Staatsminister a. D. Dr. Heinze; Staatsminister a. D. Dr. Koch; Deutsche Demokr. Partei: Staatsminister a. D. Rydzke, Buchdruckereibesitzer Steinsdorf (Zittau); Mehrheitssozialisten: Volksbeauftragter Dr. Gradnauer, Volksbeauftragter Buch, Parteisekretär Rahmann, Hausfrau Lutz, Gewerkschaftsbeamter Haack, Redakteur Schmidt, Redakteur Krägig.

29. Wahlkreis (Leipzig):

Philipp (Deutschnat. Volkspartei)	72909 Stimmen
Burlage (Zentrum)	3107 Stimmen
Jöphel (Deutsche Demokr. Partei)	176925 Stimmen
Pinkau (Mehrheitssoz.)	127228 Stimmen
Seiger (Unabh. Soz.)	234942 Stimmen

Die Stadt Pöggau und 20 kleine Orte fehlen noch, voraussichtlich sind gewählt: Deutschnationale: Oberlehrer Dr. Philipp; Deutsche Demokr. Partei: Rechtsanwalt Dr. Jöphel, Privatangestellter Schneider; Mehrheitssoz.: Photograph Pinkau, Arbeitersekretär Büttich; Unabhäng. Soziald.: Redakteur Seiger, Zigarrenfabrikant Seiger, Redakteur Dr. Seiger.

30. Wahlkreis (Chemnitz):

Biener (Deutschn. Volkspartei)	117476 Stimmen
Koche (Zentrum)	3699 Stimmen
Prodauf (Deutsche Demokr. Partei)	188726 Stimmen
Koste (Mehrheitssoz.)	516675 Stimmen
Jädel (Unabh. Soz.)	55880 Stimmen

Noch acht Bezirke stehen aus. Voraussichtlich sind demnach gewählt: Deutschnationale: Bäckermeister Biener; Deutsche Demokr. Partei: Richter Prodauf, Schlichter Dr. Seigert, Kaufmann Günther; Mehrheitssoz.: Chefredakteur Koste, Parteisekretär Meier, Redakteur Schöpflein, Schriftsteller Stücklen, Stadtrat Mollenbuhr, Hausfrau Schilling, Arbeitersekretär Köhle, Parteisekretär Jungnickel.

(Weitere Ergebnisse siehe besonderen Artikel.)

— Die Zugzuschüsse und die Finanzlage Sachsens. Der Vorstand des sächsischen Gemeindetages hatte an die sächsische Staatsregierung den Antrag gestellt, dem Beispiel der bayerischen Regierung zu folgen und zu dem beim Klein- und Mittelwohnungsbau entstehenden verlorenen Bauaufwand statt, wie bisher beabsichtigt, nur 25 v. H. 33 1/3 v. H. auf Staatskosten zu übernehmen, so daß der Anteil der Gemeinden nur 16 2/3 v. H. beträgt. Das Finanzministerium hat dies aber abgelehnt mit der Begründung, daß die Finanzlage des Staates infolge der unangesehrt steigenden Ausgaben bei wesentlich verminderten Einnahmen zu schweren Besorgnissen Anlaß gebe. Ob bei besonders ungünstiger wirtschaftlicher und finanzieller Lage einzelner Gemeinden ausnahmsweise eine Erhöhung der staatlichen Zuschüsse zum Kleinwohnungsbau zu gewähren sei, behält sich das Ministerium von Fall zu Fall vor.

— Zugsteuer. Im amtlichen Teile sind die Gegenstände aufgeführt, die im Sinne der Steuererhebung als Zuggegenstände zu gelten haben. Die Steuer beträgt durchweg 10 Prozent des vereinnahmten Entgeltes. Grundsätzlich bezieht sich die Zugsteuer nur auf den Kleinhandel. Bei dem Geschäftsverkehr zwischen Großhandel und Kleinhandel sind die allgemeinen Grundsätze über die Umsatzsteuer, also auch die niedrigen Steuersätze (5 bis 7) maßgebend. Der Gesetzgeber will eben im Endergebnisse die Verbraucher treffen. Der steuerpflichtige Kleinhandwerker wird sich dadurch schadlos halten, daß er die Steuer bei der Preisfestsetzung in Betracht zieht. Bei der Zugsteuer findet die Steuerberechnung und Steuerzahlung in der Regel monatlich statt. Steuerpflichtige, die mit Zuggegenständen Kleinhandel treiben, haben für diese Gegenstände, mit denen sie Handel treiben, ein besonderes Lager- und ein besonderes Steuerbuch zu führen.

— Ein Bild aus guter alter Zeit! Einen eigentümlichen Anblick gewähren jetzt Sonntags die Tanzsäle. Man glaubt sich zurückversetzt in die „alte gute Zeit“, in der die „Tanzböden“ nur durch einige, zu einem „Kronenleuchter“ vereinigte Petroleumlampen notdürftig beleuchtet wurden, auf dem Schankische aber ein Leuchter mit Talglampfen und Stibussen zum Anbrennen der Zigarren oder Tabakpfeifen stand. — Infolge des Kohlenmangels, der Gas- und Elektrizitätssperre dürften bekanntlich zurzeit auch bei uns Tanzsäle usw. weder geheizt noch mit Gas oder elektrisch beleuchtet werden. Daher kam es, daß am